

Europa Monitor

Nr. 11 im 2023



Europäische Union

EU reduziert Syrien-Hilfe

Für Europa steht Syrien nicht mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit – mit dem Krieg in der Ukraine haben sich die Prioritäten verlagert. Das zeigte sich nun auch bei der Spendenbereitschaft. Für die Europäische Union als Institution sagte der EU-Außenbeauftragte Borrell für 2024 lediglich 560 Millionen Euro zu; in diesem und im vorigen Jahr waren es jeweils eine Milliarde Euro mehr. Er verband das mit deutlicher Kritik an der Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga Anfang Mai – das richtete sich direkt gegen die Minister arabischer Staaten, die zur siebten „Konferenz zur Zukunft Syriens und der Region“ nach Brüssel gekommen waren. Man verfolge auch, wie die Türkei direkte Kontakte zum syrischen Regime knüpfe. „Dies ist nicht der Pfad, den die Europäische Union gewählt hätte“, sagte Borrell. Die EU werde auf absehbare Zeit ihre Politik nicht ändern und weiter gezielte Sanktionen gegen das Regime von Baschar al-Assad verhängen. An die Adresse der Türkei gerichtet, sagte er: „Die EU wird organisierte Rückführungen nach Syrien nicht unterstützen, außer wenn es stahlharte Garantien gibt, dass diese Rückführungen freiwillig, sicher und in Würde sowie unter internationaler Aufsicht erfolgen.“

Insgesamt machten die mehr als sieben Staaten und internationalen Organisationen Zusagen über 5,6 Milliarden Euro an Zuschüssen, davon 4,6 Milliarden für das laufende Jahr und nur eine Milliarde für 2024. Im Vorjahr waren es 6,4 Milli-

arden gewesen, davon wurden zwei Drittel durch die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten aufgebracht.

Den Ton hatte schon vor dem Beginn der Konferenz das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) gesetzt. Die Organisation hat angekündigt, nicht mehr 5,5 Millionen Syrer mit Nahrungsmittelhilfen zu versorgen, sondern nur noch drei Millionen. Als Grund führte die Organisation „eine beispiellose Finanzierungskrise“ an.



Josep Borrell/ Photo: Reuters

Ein ähnlicher Schritt hatte 2015 maßgeblich dazu beigetragen, dass Hunderttausende Syrer nach Deutschland weiterzogen.

Nicht nur die UN-Hilfe in den Aufnahmeländern steht in der Kritik, sondern auch jene in Syrien selbst. Experten und Diplomaten sind skeptisch, weil das Assad-Regime die UN-Hilfe für seine Zwecke missbraucht, sie ist inzwischen eine der bedeutendsten Einnahmequellen. Kritiker sagen, es werde im Namen der Menschlichkeit das Leben eines unmenschlichen Regimes verlängert.

Rücktritt des „Katargate“-Richters in Brüssel

Michel Claise, der belgische Richter, der die Korruptionsuntersuchung im Europäischen Parlament leitete, gab bekannt, dass er wegen des Vorwurfs eines Interessenkonflikts von der laufenden Korruptionsuntersuchung „Katargate“ zurücktreten werde.

„Als Vorsichtsmaßnahme und um der Justiz zu ermöglichen, ihre Arbeit in Ruhe fortzusetzen und die notwendige Trennung zwischen Privat- und Familienleben und beruflichen Pflichten aufrechtzuerhalten, hat uns der Ermittlungsrichter Michel Claise mitgeteilt, dass er beschlossen hat, zurückzutreten“, so ein Sprecher der belgischen Staatsanwaltschaft.

Claises Rücktritt erfolgt nach einem Antrag auf Ablehnung des Richters wegen Befangenheit, den Maxim Töller, Anwalt des Europaabgeordneten Marc Tarabella, einem der Hauptverdächtigen in dem Fall.



Michael Claise/ Photo: Belga

Tarabella, der stets seine Unschuld beteuert, wurde kürzlich vom Tragen eines elektronischen Armbands befreit und durfte unter bestimmten Bedingungen den Hausarrest verlassen. Töller behauptete, Claise sei aufgrund der Verbindungen zur Europaabgeordneten Maria Arena von Anfang an voreingenommen gewesen. Obwohl Arena von der Staatsanwaltschaft weder befragt noch angeklagt wurde, wird sie in einem Haftbefehl als Teil einer Gruppe von Abgeordneten erwähnt, die angeblich Panzeris Befehlen gehorchte.

Arenas und Claises Söhne sind Miteigentümer desselben Unternehmens und kennen sich seit vielen Jahren, wie aus öffentlichen Dokumenten des Unternehmens und Social-Media-Beiträgen hervorgeht.

Maria Arena war eine enge Mitarbeiterin des Hauptverdächtigen Pier Antonio Panzeri, eines

ehemaligen Europaabgeordneten, der sich mittlerweile schuldig bekannte. Arena beschrieb ihre Verbindung als „berufliche Freundschaft“. Eric Van Duyse, Sprecher der belgischen Staatsanwaltschaft, bestätigte, dass die bereits mit „Katargate“ befasste Ermittlungsrichterin Aurélie Dejaiffe die Leitung übernehmen werde. Claises Rücktritt könnte den Fall verzögern oder sogar gefährden, sollte ein Interessenkonflikt festgestellt werden.

Schweden

Behörden erlauben Koran-Verbrennung

Die schwedische Polizei hat nach eigenen Angaben eine Protestversammlung vor einer Moschee in Stockholm genehmigt, bei der ein Exemplar des Koran verbrannt werden sollte.

Trotz der vorhandenen Sicherheitsrisiken „genehmigt die Polizei die Versammlung“, heißt es in der schriftlichen Fassung der Entscheidung. Die Protestaktion könnte auch erneut die Spannungen zwischen Schweden und der Türkei anheizen, die bislang den Nato-Beitritt des skandinavischen Landes blockiert.



Schwedische Polizei schützt die Große Moschee in Stockholm/ Photo: Stefan Jerrevång

Die Demonstration fand letzte Woche vor der Großen Moschee von Stockholm statt. Der Organisator der Versammlung, Salwan Momika, kündigte in seinem Genehmigungsantrag an, er wolle „den Koran zerreißen und verbrennen“.

Laut des schwedischen SVT hatte die Polizei nicht ausdrücklich die Erlaubnis erteilt, die heilige Schrift des Islams anzuzünden. In der Genehmigung ist lediglich von einer „Demonstration über den Koran“ die Rede. Die Polizei wies auch darauf hin, dass in dem betroffenen Bezirk derzeit eigentlich ein Feuerverbot gilt. „Der Verfassungsschutz hat Vorrang vor vorübergehenden Feuerverboten. Die Polizei wird eingreifen, wenn eine Gefahr

besteht“, so ein Sprecher des SVT.

Vor zwei Wochen hatte ein schwedisches Berufungsgericht polizeiliche Verbote von im Februar geplanten Demonstrationen mit Koran-Verbrennungen im Nachhinein als unrechtmäßig verworfen. Die Polizei hatte die Verbote mit Risiken für die öffentliche Sicherheit begründet.

Im Januar hatte ein aus Dänemark stammender, islamfeindlicher Politiker in der Nähe der türkischen Botschaft in Stockholm ein Exemplar des Korans verbrannt. Das hatte für große Empörung in muslimisch dominierten Ländern wie der Türkei geführt. Im Anschluss setzte die Türkei die Verhandlungen über den schwedischen Nato-Beitrittsantrag aus.

Die Aktion kommt zu einem außenpolitisch heiklen Zeitpunkt. Laut „Dagens Nyheter“ soll die schwedische Polizei erst von der sozialdemokratischen Regierung und dann von der Mitte-Rechts-Regierung politisch unter Druck gesetzt worden sein, Paludan und andere Demonstranten aufzuhalten. Hintergrund soll Schwedens Bewerbung um einen Beitritt zur Nato und das äußerst sensible Verhältnis zur Türkei sein, die den Beitritt blockiert.

Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte wiederholt erklärt, dass er ein Land, in dem Koran-Verbrennungen erlaubt sind, nicht als Mitglied der Verteidigungsallianz akzeptieren kann. Ankara begründet seine bisherige Blockade Schwedens aber vor allem damit, dass das Land ein Zufluchtsort für „Terroristen“ sei. Damit sind in erster Linie Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gemeint.

Auch Ungarn hat dem Nato-Beitritt Schwedens bislang nicht zugestimmt. Beim bevorstehenden Nato-Gipfel am 11. und 12. Juli in der litauischen Hauptstadt Vilnius hofft Schweden auf Fortschritte in Richtung seiner Nato-Aufnahme. In einem Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz machte der türkische Präsident allerdings keine Hoffnung auf ein baldiges „Ja“ der Türkei. Erdogans Äußerung, nach der es in Schweden noch immer „inakzeptable“ Umstände wie die Genehmigung von Demonstrationen gebe, auf denen „Terrorpropaganda“ verbreitet werde, lässt sich vermutlich noch nicht auf die Koran-Verbrennung zurückführen.

Großbritannien

Gericht verbietet Abschiebungen nach Ruanda

Ein britisches Berufungsgericht entschied letzte Woche, dass London keine Asylsuchenden nach Ruanda ausfliegen darf, damit über deren Anträge in Westafrika entschieden wird. Premier Rishi Sunak reagierte aufgebracht. Seine eigene Regierung solle „entscheiden können, wer in unser Land kommt, nicht kriminelle Banden“. Nun ist der britische Premier bereits zum zweiten Mal juristisch gescheitert. Die Pläne seiner konservativen Regierung verstoßen gegen internationales Recht, wie zwei der drei Richter befanden.



Photo: AFP

Es besteht das sehr reale Risiko, dass die Asylsuchenden in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt und dort Folter und Verfolgung ausgesetzt würden. Womit die britische Regierung gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention – das Verbot von Folter – verstieße.

Die drei Richter stellten jedoch nicht prinzipiell das Recht der Regierung infrage, Schutzsuchende in sichere Drittländer zu überstellen. Es argumentiert sogar auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, dass „grundsätzlich nichts das Vereinigte Königreich davon abhält, Asylsuchende in sichere Drittländer abzuschieben“. Genau das hatten die Briten viele Jahre lang praktiziert, als sie dank EU-Mitgliedschaft und Dublin-System jedes Jahr Tausende Migranten auf den Kontinent zurückschickten.

Was aus europäischer Sicht zwei Optionen aufwirft, die emotionslos erörtert sein wollen. Ist es überhaupt möglich, Asylverfahren in einen anderen Staat auszulagern, wenn das überstellende Land keine Kontrolle über die dortige Behandlung von Schutzsuchenden hat? Genau daran sind die Briten gerade gescheitert.